E-03-499-4 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand
Beschlussdatum: 06.11.2025

Änderungsantrag zu E-03

Von Zeile 498 bis 499:
Erdgases zu ersetzen. Nun muss es darum gehen, diese Infrastruktur und ihre Auslastung ~~auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu begrenzen.~~

von Überkapazitäten auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu begrenzen

und einen schnellen Ausstieg voran zu treiben, dazu gehört auch die verhinderung eines neuen Anlegers für flüssige Gase in Wilhelmshaven.

Klimaschutz Globalgerecht angehen - Klimapatenschaften nicht nur symbolisch

Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen. Die Klimakrise ist global – und Gerechtigkeit in ihrer Bewältigung ebenso. Deutschland trägt als eine der größten Industrienationen eine besondere Verantwortung dafür, dass der weltweite Ausstieg aus fossilen Energien sozial, gerecht und partnerschaftlich gelingt. Deshalb hat die Bundesregierung Klimapartnerschaften mit Ländern wie Kolumbien und Pakistan geschlossen. Diese Partnerschaften sollen den Weg hin zu erneuerbaren Energien, zur Stärkung von Klimaanpassung und zu einer sozial gerechten Transformation ebnen. In Realität führen diese aber oft koloniale Strukturen fort.

Es zeigt sich: Auch der Ausbau erneuerbarer Energien kann Ungerechtigkeiten und neokoloniale Machtstrukturen fortschreiben, wenn dafür in indigene Territorien eingegriffen, Landrechte verletzt oder Gemeinschaften verdrängt werden. Ein Beispiel dafür ist der Windkraftausbau im kolumbianischen Bundesstaat La Guajira - aus welchem Deutschland auch Steinkohle importiert - an dem unter anderem das hamburger Unternehmen Nordex beteiligt war. Dort berichten indigene Wayuu-Gemeinschaften von mangelnder Mitsprache, Landkonflikten, Vertreibung und sozialer Spaltung – Folgen eines vermeintlich „grünen“ Projekts, das auf Kosten der Menschen vor Ort umgesetzt wurde. Deutsche Unternehmen und staatliche Akteure müssen aufhören, neokoloniale Strukturen unter dem Deckmantel des „grünen Wandels“ zu reproduzieren und stattdessen den gerechten Ausbau lokaler, partizipativer Energiesysteme fördern, die Menschenrechte und Selbstbestimmung respektieren.

Entscheidend ist, dass die Stimmen der Betroffenen gehört werden – der Menschen, die am stärksten unter der Klimakrise und unter einer globalen Wirtschaftsordnung leiden, die weiterhin von Ausbeutung und Abhängigkeiten geprägt ist. Eine gerechte Klimapolitik muss neokoloniale Strukturen aufbrechen und lokale, selbstbestimmte Wirtschaften fördern, statt neue Abhängigkeiten durch „grüne“ Rohstoffe zu schaffen.

Wir fordern echte Partnerschaften auf Augenhöhe: mit verbindlichen Ausstiegsplänen, sozialer Absicherung, Beteiligung der Zivilgesellschaft und einer Finanzierung, die lokale Entwicklung stärkt. Nur wenn diejenigen mitentscheiden, die am meisten betroffen sind, kann Klimaschutz wirklich gerecht sein – und den Weg in eine sozial gerechte Zukunft aus der fossilen Abhängigkeit ebnen.